

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Friedrich Schöde
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadt Dresden, Neumarktstr. 10
Telefon: 1111

Druck: Druckerei der Dresdner Nachrichten
Hauptstadt Dresden, Neumarktstr. 10
Telefon: 1111

Preis: 10 Pfennig
Abonnement: 3 Mark pro Quartal
Einzelposten: 10 Pfennig

Beginn der Konferenz der Innenminister

Schwere Bluttaten der Linken in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Juni. Am Mittwochmorgen 11 Uhr begann im großen Sitzungssaal des Reichsinnenministeriums die mit Spannung erwartete Konferenz der Innenminister der Länder. Der Sitzung präsiidierte der Reichsinnenminister Freiherr von Gaus.

Gaßen in durch den Innenminister Richter vertreten, in dessen Begleitung sich Ministerialdirektor Dr. Scheller von der Staatskanzlei befindet.

Für Bayern ist zunächst nur der Innenminister Dr. Stöckel erschienen. Der bayerische Ministerpräsident Heß wird nur nach Berlin kommen, wenn der Gang der heutigen Konferenz es erfordern sollte. Im übrigen sind alle Länder durch ihre Innenminister vertreten.

Erschienen war für Preußen Severing, für Württemberg der Staatspräsident Dr. Holz, für Baden der Innenminister Dieter, für Thüringen Innenminister Kästner, für Hessen Innenminister Reußner, für Hamburg der Senator Schönfelder, für Mecklenburg-Schwerin Minister Schellinger, für Oldenburg Ministerpräsident Hoyer, für Braunschweig Minister Laage, für Anhalt Ministerpräsident Freyberg, für Bremen Senator v. Spreckelsen sowie Vertreter der übrigen kleinen Länder. Es besteht die Absicht, bis in den Nachmittag durchzuarbeiten, um bis zur dritten Nachmittagsstunde das Pensum erledigt zu haben.

Diese Konferenz, die hoffentlich eine Klärung der bis zur Unentschiedenheit verbliebenen innerpolitischen Lage Deutschlands anbahnen wird, steht im Zeichen schwerer politischer Auseinandersetzungen, die in der vergangenen Nacht in Berlin zu verzeichnen waren.

Überwiegend sind Kommunisten inhaftiert über Nationalsozialisten hergefallen. Es hat Tote und Schwerverletzte gegeben.

In Moskau tobten sich die Kommunisten bis nach Mitternacht aus und konnten nur mit Mühe von der Polizei zurückgehalten werden. Insbesondere verhielten sich die Demonstranten, nachdem sie die Straßensperren ausgelöst hatten, sehr unruhig. Das Material entnahmen sie von Straßensperren, die beispielsweise in der Kopsdorfer Straße zur Mitternacht zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten, Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Reichsbannerleute kamen von einer Versammlung in der Hafenstraße und wurden bei der Heimkehr von etwa 150 Kommunisten, die die 80 Reichsbannerleute für Nationalsozialisten hielten, überfallen. Im Augenblick, als die beiden Parteien ihren Irrtum bemerkten, kamen etwa 200 Nationalsozialisten vorüber. Nun fielen Reichsbannerleute und Kommunisten gemeinsam über die Nationalsozialisten her.

In der Schillerstraße überfielen Kommunisten Nationalsozialisten. Im Verlauf des schweren Kampfes erhielt der

Wichtige Nationalsozialist Helmut Köber einen Schädelbruch, an dem er wenige Stunden später im Urbanstrassenhaus verstarb.

Die Polizei nahm acht Wägen eines kommunistischen Volkes. Bei der Durchsuchung der Umgebung fand man einen Revolver, aus dem zweifelslos der tödliche Schuß abgegeben worden ist. Die Waffensperre war noch im Laufe der Nacht unterwegs, um den Sachverhalt festzustellen.

Im Norden und Nordosten fielen ebenfalls 80 Kommunisten über einen Trupp Nationalsozialisten her. Es entspann sich ein Kampf, bei dem die Kommunisten mit Steinen und Messern gegen die Nationalsozialisten vorgingen. Der 27-jährige Nationalsozialist Piepel erhielt eine Anzahl schwerer Verletzungen in den Kopf und wurde in holländischer Sprache ins Krankenhaus gebracht. Nur die in letzter Minute eintreffende Polizei bewahrte ihn vor einer langwierigen Ermordung.

Ein ähnlicher Zwischenfall ereignete sich in der Bellerosestraße, wo ein 19-jähriger Nationalsozialist durch Messerhiebe in den Rücken und am Arm schwer verletzt wurde.

Kerris endgültige Wahl gesichert

Das Zentrum behält die Stimmenhaltung

Berlin, 22. Juni. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags beschloß in einer Sitzung nach dem Reifeentscheid, bei der endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten, welche die Stimmenhaltung des Zentrums betraf, die Wahl des Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit zusammen 108 Stimmen für den Hrn. Kerris als endgültigen Landtagspräsidenten hinnehmen werden, ist durch den Beschluß des Zentrums die endgültige Wahl des Hrn. Kerris gesichert, und Oppositionsversuche der Linksparteien haben damit keine Aussicht mehr auf Erfolg.

Eine heftige Auseinandersetzung entspann sich über die Person des Präsidenten Kerris noch in der letzten Ratssitzung, die vor Beginn des Plenums stattfand. Die sozialdemokratische Fraktion hatte, wie erst jetzt bekannt wurde, seit vierzehn Tagen einen internen Streit mit dem Präsidenten Kerris wegen der von Kerris veranlaßten

Pressekonferenz, in der der Briefwechsel mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und mit dem Reichsfinanzminister in- und ausländischen Presse bekanntgegeben wurde. Die Sozialdemokraten hatten in einem Antrag, der die Einladung der ausländischen Presse mißbilligt, weil es sich hier um einen innerdeutschen Parteistreit handelte, dem Präsidenten nationale Würdelosigkeit vorgeworfen. Der Antrag wurde in dieser Form nicht zum Druck zugelassen, worauf die Sozialdemokraten den Aus-

Der Weltmeisterchaftskampfbog

bei dem, wie wir bereits kurz berichteten, Scharley knapp nach Punkten siegte, befindet sich in ausführlicher Fassung auf Seite 3 des Blattes.

druck Mangel an nationaler Urteilsfähigkeit wählten. Auch in dieser Fassung beanstandete der Präsident den Antrag. Nun setzen die Sozialdemokraten hierfür „Verletzung der nationalen Interessen des deutschen Volkes“, eine Formulierung, die der Präsident zuleh.

Hoover will Abrüstungsentscheidung erzwingen

Sensationelle Wendung in Genf - Plötzliche Abrüstungslegung

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 22. Juni. Die amerikanische Intervention nimmt sensationelle Formen an. Sie betrifft — entsprechend den amerikanischen Dementis — formell nur die Abrüstung, aber sie läßt natürlich auch auf die Tribut- und Schuldenfrage die nachhaltigsten Wirkungen aus. Es sieht heute so aus, daß Hoover wiederholt und in unmittelbarer telephonischer Verbindung mit den in Genf zur Abrüstungskonferenz anwesenden Vertretern Amerikas gestanden und ihnen seine Intentionen übermitteln hat. Auf Grund dieses Auftrages sind schon vorgestern nach die spontane französisch-amerikanische Zusammenkunft in Worages statt, die aber keine Annäherung gebracht hat, und aus diesem Grunde fuhr gestern Gibson nach Lausanne, um ausführlich mit MacDonald zu konferieren.

Gestern vormittag wurde nun Lausanne durch die Nachricht überrascht, daß die Generalkommission der Abrüstungskonferenz, entgegen allen bisherigen Plänen, schon für heute nachmittag 4 Uhr einberufen worden ist, und daß Gibson dort eine offizielle Erklärung Hoovers abgegeben wird.

Der amerikanische Präsident will also unbedingt eine Entscheidung herbeiführen und ein Ausweichen Frankreichs verhindern. Allgemein erwidert man in diesem neuen Schritt Amerikas ein Ereignis von großer, vielleicht grundlegender Bedeutung, durch das jedenfalls auf der Abrüstungskonferenz eine Wendung herbeigeführt werden kann.

Von deutscher Seite wird Außenminister Freiherr von Neurath nach Genf fahren.

Oesterreich bereitet eine Devisenperre vor

Wien, 22. Juni. Auf Grund der Erklärung des österreichischen Finanzministers in Genf, daß die Nationalbank am 28. Juni die Devisenperre gegenüber dem Ausland verhängen müsse, falls bis dahin die geplante Anleihe für Oesterreich nicht abgeschlossen sein sollte, hat die österreichische Nationalbank bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen und schon gestern Überweisungen von Auslandsguthaben zunächst zurückgestellt. Auf Devisenanforderungen wurde mitgeteilt, daß erst am Donnerstag eine Entscheidung getroffen werden könne.

Keine Anleihehoffnung für Oesterreich

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 22. Juni. Nach der Aussprache des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß mit Herriot, Grandi und v. Vapen und nach neuen englisch-französischen Besprechungen über die österreichische Anleihe werden die Aussichten der österreichischen Anleihe hier als äußerst ungünstig betrachtet. Frankreich knüpft sie nach wie vor an die doppelte Bedingung:

1. Neue Festlegung Oesterreichs auf das Genfer Anleiheverbot von 1923.
2. gleichzeitige Hilfsaktion für andere ihm nahestehende Donauländer.

Unter Umständen kann sich eine wichtige entscheidende Debatte an die amerikanische Erklärung knüpfen. Von größtem Interesse wird natürlich Frankreichs Haltung sein. Herriot hat es, wie man hört, abgelehnt, selbst nach Genf zu fahren. Er erwidert in dem amerikanischen Schritt eine Art Gegenstück zum Hoovermoratorium. Auch könne er nicht „auf Kommando“ in Genf erscheinen. Auch sonst hat man hier den Eindruck, daß sich

die Haltung der Franzosen nach der amerikanischen Aktion sowohl in der Abrüstungs- wie in der Tributfrage eher verschärft und vertieft hat, zumal sie mit Pariser Chauvinistischen Einflüssen auf Herriot zusammenfiel.

Das ist jedenfalls der bisherige Eindruck, der nicht endgültig zu sein braucht. Von amerikanischer Seite verläßt übrigens, daß man die Form der zu Beginn der Lausanner Konferenz vorgenommenen Schuldenüberwindung mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet, obwohl europäische Pressekommentare darin den Beginn einer europäischen Einheitsfront gegen Amerika sehen wollten. Auch aus diesem Grunde will man Europa wieder einmal vor Augen führen, welche sinnlose Summen es für Haltungen ausbleibt, und daß es ohne starke Herabsetzung dieser Ausgaben niemals von Amerika Entgegenkommen in der Schuldenfrage fordern kann. Gleichzeitig soll Hoover eigene Abrüstungsüberlegungen Amerikas andeuten.

Phantastische Forderungen Frankreichs

Verpöschung Hoovers, Hoffnung auf England

Paris, 22. Juni. Die Ereignisse in Lausanne und besonders die Unterredung Herriot's mit dem amerikanischen Hauptvertreter Gibson haben den seit Dienstag abend in der französischen Presse zum Ausdruck gekommenen Optimismus nicht eingeschleift. Während der neue Schritt Hoovers mehr als ein innenpolitisches Mandat der amerikanischen Staatspräsidenten am Vorabend der Neuwahlen betrachtet wird, legt man besonders Nachdruck auf die Verwirklichung, daß sich die englische Abordnung mit MacDonald an der Spitze mehr und mehr von der Möglichkeit der französischen Ziele abgesetzt habe und von ihrer bisherigen unangenehmen Haltung abgerückt sei. Man betont, daß die Schwierigkeiten, die noch zu überwinden seien, nicht größer als auf allen anderen internationalen Konferenzen seien, die bisher über die Reparationsfrage Ratgeschunden haben. Ebensoviele wie jene, würde auch diese auf einem Abrüstungs- oder Währungsabrede beruhen. Man erwartet die ultimative Forderung des amerikanischen Staatspräsidenten und betont gleichzeitig, daß Frankreich sich auf keinen Fall einschließen lassen werde.

Der außenpolitische Vertreter des „Echo de Paris“ erklärt, zu der Reparationsfrage habe die fran-

zösische Abordnung nunmehr endgültig Stellung genommen und den Entschluß gefaßt.

Lieber die Konferenz zu verlassen, als den englischen Forderungen auf willige Abgeschlossen der Reparationen nachzukommen.

Die französische Abordnung arbeite im Augenblick an der Ausarbeitung eines Planes, der der englischen Abordnung vorgelegt werden solle und der die äußerste Grenze der französischen Forderungen darstelle. Ueber den Plan werden außer den schon bekannten noch folgende Einzelheiten veröffentlicht: Die französische Regierung erkenne an, daß sich die Voraussetzungen der Haager Schiedsverträge in den wesentlichen Punkten nicht verändert hätten, und daß auf der einen Seite die Aufrüstung des Volkes gestiegen und auf der anderen die Produktionsfähigkeit Deutschlands geschwunden sei. Sie lege deshalb eine proportionale Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen als notwendig vor.

Der neue Reparationsplan müsse jedoch wie der alte einen geschützten und einen ungeschützten Teil enthalten.

deren Zahlungsarten erst nach der endgültigen Stellungnahme Amerikas in Bezug auf die internationalen Schulden